

Rezension zu:

Wagenknecht, Sahra (2021) Die Selbstgerechten, Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt / New York, Campus

Thema

Im Mai 2021 leiteten die Grünen ein Ausschlussverfahren gegen Boris Palmer ein. Dieser wehrte sich gegen einen „identitären Fundamentalismus“ Eine Gruppe von Fundamentalisten durchsucht ständig das Internet und die Medien nach „verdächtigen“ Begriffen. Wer diese Begriffe benutzt wird wahlweise als Rassist, Frauenfeind, Homophober oder Faschist bezeichnet. Wie die Gruppe um Björn Höcke könnten diese Fundamentalisten eine Gefahr für eine demokratische Gesprächskultur sein. Auch die Freiheit der Wissenschaft ist bedroht, wenn kontroverse Diskussionen nicht mehr geführt werden können<sup>i</sup>. Kritik und Zweifel gehören zur Wissenschaft wie das Amen in der Kirche. Dies sind auch wichtige Themen im Buch von Sahra Wagenknecht.

Aufbau und Inhalt

Der Band gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil (Kapitel 1 -7) ist eine Auseinandersetzung mit Positionen, die die Autorin als „linksliberal“ oder „life-style“ kategorisiert. Der zweite Teil (Kapitel 8 bis 12 und Schlusswort) ist programmatisch.

Kapitel 1

Die Autorin beschreibt ein soziales Milieu, deren Mitglieder sie als „Life-style Linke“ kategorisiert. Diese Mitglieder zeichnen sich aus durch Arroganz, Intoleranz und manchmal auch Gewalttätigkeit. Eingegangen wird auf Kampf dieser Mitglieder gegen die Verwendung bestimmter Begriffe, die als „rassistisch“ oder „sexistisch“ verdächtigt werden. Die Verwender solcher Begriffe müssen mit Anfeindungen rechnen, manchmal auch mit Gewalttätigkeit. Demokratischen Diskussionen werden so erschwert oder verhindert. Der Rezensent kann das nachvollziehen und hat selber einige dieser Verhaltensweisen bei den Linken bzw. in der linken Szene beobachtet.

Es handelt sich hier jedoch nicht um eine sozialwissenschaftliche Milieuanalyse<sup>ii</sup> Viele Beschreibungen haben allenfalls den Status ungeprüfter Hypothesen. Es fehlen die Daten, auch Methoden werden nicht angegeben. Der Rezensent kann die Hypothesen nicht überprüfen, da ihm die entsprechenden Daten auch fehlen. Er hat aber einige Zweifel.

Gezeichnet wird das Bild eines gutsituierten Bildungsbürgertums, das ihre Kinder auf die Gymnasien und Hochschule schickt. Diese Bildungsbürgerkinder seien dort wieder in der Mehrheit. Die Studierenden konnten, da es wenige waren, mit sicheren und gut bezahlten Arbeitskräften rechnen Dieses Bild über westliche Akademiker wurde auch in der DDR-Propaganda gezeichnet. Bis Ende der 60er Jahre entsprach es auch der Realität. Durch die Bildungsexpansion hat sich das grundlegend geändert. Die Volksschule wurde aufgelöst, die Hauptschule wurde zur Restschule. Aus der Elite-Universität wurde die Massenuniversität. Die Zukunft der Studierenden war keineswegs mehr so sicher. Prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Umschulungen wurden auch bei den Studienabsolventen häufiger. Das würde bedeuten, dass die Unsicherheit größer geworden ist. Auch sind durch die Bologna-Reform die Qualität des Studiums und damit der Wert der Qualifikation gesunken (vgl. Krautz 2017).

Im letzten Unterkapitel wird auf Wahlniederlagen vieler „linksliberaler“ Parteien eingegangen. Die Autorin stellt u.a. fest. „Interessant ist in jedem Fall, dass, wo immer es in den letzten es in den letzten Jahren es in den letzten Jahren echte sozialdemokratische oder linke Wahlerfolge in Europa gab, sie ausnahmslos von Parteien eingefahren wurden, die die linksliberalen Vorgaben in wichtigen Punkten missachteten.“ (S. 47) Sie zeigt auf, dass wichtige Vertreter des kapitalistischen Systems ihre Rhetorik änderten und sich verbal vom Neo-Liberalismus distanzierten. Geändert habe sich aber nicht die Politik. Das gelte auch für die Position der politischen Parteien. „Ähnlich wie bei den Unternehmenschefs hat sich allerdings auch bei vielen Sozialdemokraten, soweit sie an Regierungen beteiligt sind, bisher vor allem die wirtschafts- und sozialpolitische Rhetorik verändert und nur in der geringen Masse die reale Politik.“ ( S. 46)

Der Feststellung, dass vor allem „gemäßigte“ Sozialdemokraten und Linke erfolglos blieben, kann der Rezensent zustimmen. Er fragt sich jedoch, ob das sehr viel mit „Life –style“ und Linksliberalismus zu tun hat. Beobachten kann man den Aufstieg der Grünen von der kleinsten Oppositionspartei zur größten Partei in den Umfragen innerhalb von knapp vier Jahren. Gerade sie sind eine „Life-style“-Partei. Ob es so viele Besserverdienende gibt, ist fraglich. Die Frage ist jedoch ob sie, wenn sie in der Regierung sein werden, die radikal-ökologischen Geister (Fridays vor Future) wieder loswerden werden.

Das Kapitel zwei handelt von den „großen Erzählungen“ es ist nach Ansicht des Rezensenten zu ungenau und bleibt im Wesentlichen auf der Ebene der Theorien und Ideologien. Medien und Parteien versuchen zum Beispiel, Ideologien zu verbreiten, um Herrschaft zu legitimieren und „Reformen“ durchzusetzen. „Gegenwärtig haben die Leitmedien in ihrer Bereitschaft und Willfähigkeit, das Weltbild transatlantischer neoliberaler Eliten zu vermitteln, ganz offensichtlich jedes Maß verloren.“ (Mausfeld, Warum schweigen die Lämmer, S. 159) Ideologien und Theorien, zum Beispiel zur Agenda 2010, können in Widerspruch zur sozialen Realität geraten. Wer glaubt schon heute noch den Versprechungen, die damals gemacht wurden? In der Pandemie ist plötzlich der starke Staat gefragt, um die großen Unternehmen zu retten und die „schwarze Null“ war gestern.

Das dritte Kapitel handeln von der Geschichte der Arbeiter. Dargestellt wird eine Geschichte, die in den letzten Jahren zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und zu prekären Arbeitsverhältnissen führte. Nach Ansicht des Rezensenten ist dieses Kapitel zu allgemein und lückenhaft. Die Darstellung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung mag korrekt sein, aber auf einige sehr wichtige politische Ereignisse wird kaum eingegangen. Dazu gehört zum Beispiel die Systemtransformation in den neuen Bundesländern mit massiver De-Industrialisierung und Abwanderung. Besonders betroffen waren Männer und Frauen (vgl. Steinert und Müller 2007) im mittleren Lebensalter. Aber die Geschichte der Arbeiter kann natürlich auf 20 Seiten nicht angemessen behandelt werden.

Das vierte Kapitel handelt von der „neuen akademischen Mittelschicht“. Leider fehlt hier eine fundierte quantitative Sozialstrukturanalyse. Unterscheiden kann man drei Gruppen. 1. Akademikerinnen und Akademiker die sich dauerhaft in gut bezahlten Positionen behaupten können. 2. Die akademische Unterschicht (Vgl. S.86)<sup>iii</sup>. 3. Akademikerinnen und Akademiker die zwischen gut bezahlten und schlecht bezahlten Stellen pendeln müssen, zum Beispiel zwischen einer gut bezahlten Vertretungsprofessur und einer Halbtagsstelle für BAT II a. Im Hochschulbereich ist der Mittelstand befristet beschäftigt, aber auch in anderen Bereichen gibt es viele Projektstellen. Wie groß sind diese drei Gruppen? Darüber kann man nur spekulieren. Der langjährige Facharbeiter bei VW ist gegenüber vielen Akademikerinnen und Akademikern privilegiert. Die Erzählung von den armen Arbeitern und

den reichen Akademikern entspricht schon lange nicht mehr der Realität. In der DDR gab es eine andere Entwicklung. Dort war ein Studienabschluss noch ein Privileg. Die Autorin vertritt die These von einer Rückkehr des Bildungsprivilegs. Hierfür werden aber kaum ausreichende empirische Belege aus Deutschland angeführt. Großbritannien und die USA hatten schon immer ein anderes Bildungssystem. Der Rezensent hat große Zweifel an dieser These. Englisch, das verhandlungssicher ist, mag in den Führungsetagen internationaler Konzerne wichtig sein. In anderen Bereichen sind Begabung, Leistung und Fleiß wichtiger. Im Wissenschaftsbereich sind Empfehlungen guter Professoren und Professorinnen wichtig. Die Empfohlenen müssen die Erwartungen dann aber auch erfüllen („sonst fragen die mich nie wieder“). Gesprochen wurde von einer „Generation Praktika“. Junge Akademiker hüpfen von Praktika zu Praktika, bis sie irgendwann eine Stelle bekamen. Es mag sein, dass Kinder von gutsituierten Akademikern und Akademikerinnen etwas bessere Chancen haben. Aber die Sicherheit, dass diese Kinder es auch schaffen, gibt es aber nicht. Die Darstellung der akademischen 68er und Nach-68er Generation ist ungenau und daher falsch. Die 68er Generation hatte vor der Bildungsexpansion Abitur gemacht, die Mitglieder gehörten also zum traditionellen Bildungsbürgertum. Wichtig war u.a. die Auflehnung gegen die mangelnde Bewältigung der NS-Zeit, der Vietnamkrieg und gegen den Schah des Iran. Hintergrund waren Theorien von Marcuse oder Arbeiten von Adorno und Horkheimer, die aber wohl nicht von Allen rezipiert wurden. Die Mitglieder der ersten Nach-68-Generation waren schon Kinder der Bildungsexpansion. Die linken Gruppen, die bei Studentenwahlen erfolgreich waren, waren organisierter: MSB (DKP nah und daher dogmatisch kommunistisch und mit der SED verbündet, „gewerkschaftliche Orientierung“) Juso-Hochschulgruppen, SHB (SPD Linke, marxistisch, „gewerkschaftliche Orientierung“), Basisgruppen. Ein Engagement in diesen Gruppen war für die Karriere schädlich. Später gab es weitere Veränderungen in der Studentenschaft. Auch die Geschichte der Grünen wird stark verkürzt wiedergegeben. Lange Zeit gab es dort einen starken linken Flügel mit den Themen Friedenspolitik und Ökologie („Fundis“) auf der anderen Seite standen die „Realos“. Es ging um einen Streit, der heute auch bei einigen bei der Linken: Welche Kompromisse darf man eingehen um Koalitionspartner zu werden? Ab 1998 machen dann die Grünen unter Führung der SPD neo-liberale Politik und beteiligten sich am Krieg gegen Serbien.

Im Kapitel 5 geht es dann um die „Linksliberalen“ und ihre Identitätspolitik. Der Rezensent sieht ein Problem darin, dass es sich um eine relativ heterogene Gruppe handelt. Der Marxismus-Leninismus war ein relativ geschlossenes Weltbild. Wer in diesem Sinne Kommunist oder Kommunistin war, konnte man zumindest im Westen, wo die Mitgliedschaft eher mit Nachteilen verbunden war, klar erkennen. Bei den Linksliberalen oder linken Identitären ist das anders. Heute stellen zum Beispiel auch die Grünen linke Forderungen wie eine Kindergrundsicherung für Alle und einen Mindestlohn für alle<sup>iv</sup>. Gleichzeitig betreiben sie ein Empörungsmanagement, wenn es um bestimmte Begriffe geht, wie die Kampagne gegen Boris Palmer zeigt. In einigen Medien scheint das Empörungsmanagement eher die Funktion zu haben, von anderen Problemen und Stigmatisierungen abzulenken. Die tatsächliche oder angebliche Diskriminierung eines Schwulen zu kritisieren, ist für das System ungefährlicher als die Kritik an der Diskriminierung von Pflegeheimbewohnerinnen<sup>v</sup>. Die Autorin weist auf ein Paradox ist. Indem Identitätspolitik gegen vermeintliche oder Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen Zugehörigkeit oder der sexuellen Orientierung kritisieren, nehmen sie sprachlich eine entsprechende Etikettierung vor. Minderheiten werden so durch Sprache sozial konstruiert.<sup>vi</sup> Die Autorin zeigt, dass eine Vielfalt nach sozialer Herkunft in den Parlamenten heute weniger gegeben ist als früher. Dies aber ist keine Gewähr für eine soziale Politik. Gerhard Schröder war Arbeiterkind (s. S. 111). Wie sozial die Politik eines Landes

ist, ist weniger von der Herkunft der Politiker abhängig als von anderen Bedingungen. Durch den sozialen Aufstieg können sich auch Einstellungen ändern, bis hin zum Seitenwechsel. Die Agenda 2010 wurde von einer gut organisierten Medienpropaganda begleitet die ihren Einfluss nicht verfehlte. Die Autorin weist darauf hin, dass kein gemeinsames Interesse der Einwanderer und ihrer Nachkommen, der Homosexuellen oder der Frauen geben, da die sozialen Unterschiede sehr groß seien. Sie zitiert auch Steve Bannon, Trumps ehemaligen Berater. Nach dessen Ansicht wäre es für die Republikaner von Vorteil, wenn die Demokraten viel von Rassismus sprechen. Hier könnte man einwenden, dass Trump die letzten Wahlen dennoch verloren hat. Die Proteste gegen den Tod von George Floyd haben ihm kaum genützt, sondern eher geschadet. Floyd war kein schwarzer Unternehmer oder schwarzer Professor. Die Autorin befasst sich dann mit der Entstehen und Parallelgesellschaften. An Beispielen aus Frankreich und Großbritannien zeigt sie, wie eine falsch verstandene Politik von dem Hintergrund der Identitätspolitik solche Spaltungen fördert. Das sieht der Rezensent, zumindest was Deutschland betrifft anders. Die „räumliche Segregation“ hat andere Ursachen. Aufgrund der günstigeren Mieten konzentrieren sich Arme mit und ohne Migrationshintergrund in bestimmten Stadtvierteln. Benachteiligungen entstehen u.a. durch fehlende Sprachpraxis in Deutsch, wenn einzelne ethnische Gruppen eher unter sich bleiben. In den Grundschulen sprechen daher viele Schülerinnen und Schüler kein gutes Deutsch. Wer es beruflich geschafft hat, zieht lieber fort in andere Viertel, wo es mehr deutsche Kinder gibt. Das tun auch erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund. In diesen Viertel sind unterschiedliche Ethnien (Deutsche, Russe, Polen, Türken, Kurden, Araber etc.) und Religionen (Christen, Schiiten, Sunniten, Alewiten, Jesiden) vertreten. Die Autorin behandelt auch den Umgang mit radikalen Islamisten. Leider kann dabei der Eindruck entstehen, dass die Mehrheit der Muslime in Deutschland „stockreaktionär“ ist. Das ist keineswegs so. Es gibt eine radikalisierte Minderheit<sup>vii</sup>, die Mehrheit jedoch ist friedlich und tolerant.<sup>viii</sup> Die Autorin stellt dar, dass die Integration früher besser gelang, aber danach aufgrund schlechterer Lebenschancen verschlechterte. Sie stellt fest „Was von vielen Linksliberalen als *Multikulturalität* (Hervorhebung im Original) schöngeredet wird, ist in Wahrheit das Scheitern von Integration. Nach der Erfahrung des Rezensenten ist die Integration schon viel früher gescheitert worden. Zum Beispiel waren nicht wenige Einwanderer aus dem Osten ganz gut qualifiziert, nur war ihr Qualifikationsprofil nicht ganz passend. Anpassungsmaßnahmen fehlt, was sozialer Abstieg bedeuten kann. „Multi-Kulti“ ist ein Schimpfwort geworden. Es spricht aber nichts dagegen, wenn zum Beispiel ein Einwanderer gut Deutsch und gut Russisch kann. Es sind nicht die „Linksliberalen“, die die sozialen Spaltungen verursacht haben. Im Westen leben wir seit 60 Jahren mit Menschen, die einen „Migrationshintergrund“ haben, zusammen. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten schaukeln sich islamistische Extremisten und rechte Gruppen sich wechselseitig hoch. Und einige „Anti-Fa“ Gruppen gießen Öl ins Feuer. Die Betonung des nationalen Gemeinwohls sieht der Rezensent skeptisch. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ sagte Wilhelm II zu Beginn des Weltkriegs I. Klassengegensätze können so verwischt werden. Die Arbeiterbewegung war immer international, was jedoch nicht bedeutet, dass wir alle Opfer des Imperialismus nach Deutschland holen können. Auch der Vorwurf gegen Linksliberale, sie wollten nur einen Sozialstaat nur für die Armen (S. 126) ist nach Ansicht des Rezensenten sehr problematisch. Zwar gehört nur eine Minderheit zum Prekariat. Aber ein großer Teil der Mehrheit kommt öfters in die Gefahr, in diese Unterschicht abzustiegen, was ein Ziel der Agenda 2010 war. Politik für die Armen ist daher auch eine Politik für die Mehrheit. Wer die Angst vor dem sozialen Abstieg schon einmal erlebt hat, weiß das. Der Rezensent würde auch eher ein sozialdemokratisches Rentensystem fordern, nicht die Fortschreibung des konservativen deutschen Systems. Die Theorie der Solidargemeinschaft<sup>ix</sup> ist genauso wichtig wie die Theorie der Leistungsgerechtigkeit<sup>x</sup>. Die Autorin

stellt fest: „Jedes echte Solidarsystem muss die Zahl der Einzahler und Empfänger in einer gewissen Balance halten, um nicht zusammenzubrechen.“ (S. 129). Dem kann der Rezensent zustimmen. Er würde aber auch hinzufügen, dass viele Einwanderer, Flüchtlinge und ausländische Zeitarbeiter Opfer eines imperialistischen Systems bzw. imperialistischer Kriege sind, von denen auch deutsche Unternehmen profitieren<sup>xi</sup>. Behandelt wird die Kritik des „Linksliberalismus“ an den „Rückwärtsgewandten“. Ein Beispiel ist der Wunsch nach „gut bezahlten Industriearbeitsplätzen und besseren Sozialstaaten der siebziger Jahre“. Dieser Wunsch ist auch nach Ansicht des Rezensenten rückwärtsgewandt. Man kann die Geschichte des Kapitalismus nicht einfach zurückdrehen. Die Zeit des deutschen „Wirtschaftswunders“ kommt nicht zurück<sup>xii</sup>.

Das Kapitel 6 handelt von Zuwanderung. Die Autorin unterscheidet zwischen Flüchtlingen und Migranten. (s. S.142) Nach Ansicht des Rezensenten muss man noch verschiedene Migranten - Gruppen unterscheiden. Es gibt eine große Gruppe von Aussiedlern aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion. Es gibt eine legale, staatlich geförderte Arbeitsmigration aus anderen EU-Staaten, aber auch aus Staaten, die nicht der EU angehören. Diese Form von Migration gab es schon im Kaiserreich (polnische Bergarbeiter), später gab es die „Gastarbeiter“, zum Beispiel aus Italien, Jugoslawien oder der Türkei. Diese Einwanderung war und ist im Interesse von Unternehmen. Dann gibt es die illegale Arbeitsmigration und ausländische Ehepartner von Deutschen. Die Autorin begründet, warum die Zuwanderung aus ärmeren Ländern häufig den ärmeren Ländern schadet. Ausführlich eingegangen wird auch auf die Zuwanderung als EU-Staaten. Die Autorin zeigt auf, dass diese Abwanderung den östlichen EU-Ländern geschadet. Nach Ansicht des Rezensenten entstand die Schädigung nicht nur, vielleicht nicht einmal primär, durch Abwanderung. Die Abwanderung war auch Folge einer globalisierten Wirtschaftsstrategie, die keineswegs das Ziel hatte, überall für Wohlstand und Sicherheit zu sorgen. Eingegangen wird dann auf die Flüchtlinge. Politische Flüchtlinge seien kein Massenphänomen gewesen. Heute seien viele Flüchtlinge nicht mittellos und nicht diejenigen, die am dringendsten Hilfe bräuchten. Diese Argumentation ist nach Ansicht des Rezensenten problematisch, wenn diese Flüchtlinge aus bestimmten Ländern stammen. Nicht nur Arme haben ein Recht auf politisches Asyl und die Bomben und Drohnen unterscheiden auch nicht nach sozialer Herkunft. „Die USA haben seit 2001 in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen: Afghanistan, Irak, Somalia, dem Jemen, Pakistan, Libyen, Syrien. In welchem dieser Länder haben sich anschließend die Lebensbedingungen der Bewohner verbessert, zeichnen sich Stabilität und Sicherheit ab? Gibt es eine einzige militärische Intervention des Westens, die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge gehabt hätte?“ (Lüders, 2018, S. 10) „Überspitzt gesagt kehren die Europäer mit der Flüchtlingskrise die Scherben einer verfehlten US-Interventionspolitik auf, bezahlen sie gutmütig den Preis für die Machtansprüche anderer“ (Lüders, 2017, S. 12) Dass wenig von Opfern im Jemen geschrieben wird, kann auch damit erklärt werden, dass die Täter (u.a. Saudi-Arabien) mit den USA verbündet sind. Die Autorin schlägt vor, besser den Kriegsflüchtlingen in den Nachbarstaaten zu helfen. (S.151) Dann aber würden die Lasten den ärmeren Ländern aufgebürdet. Syrische Flüchtlinge drängen auch auf den türkischen Arbeitsmarkt. Solange US-Streitkräfte Syrien angreifen, wird auch der Wiederaufbau des Landes nicht unterstützt. Ärmeren Ländern zu „helfen“ (S.153) gehört nicht zu den Zielen des Imperialismus. Das würde ja bedeuten, dass man Konkurrenten schafft und Märkte verliert<sup>xiii</sup>. Wenn man diesen Menschen in ihren Ländern helfen, will muss man die Fluchtursachen beseitigen und die imperialistische Politik beenden. Eingegangen wird dann auf die Geschichte der Zuwanderung von Arbeitskräften. Zur Geschichte der Bundesrepublik sollte man noch die Gründe des Anwerbstopps erwähnen. Es war das Ende der Vollbeschäftigung. Vorher wurden die „Gastarbeiter“ als Kollegen

oder „Kumpel“ (Bergbau) und nicht als Konkurrenz wahrgenommen. Dargestellt werden die negativen Folgen der Migration für den Arbeitsmarkt im Niedriglohnssektor für die einheimischen Beschäftigten. In Großbritannien sei die Migrationsfrage zur Schlüsselfrage in der Brexit-Debatte geworden. Aber auch im deutschen Niedriglohnssektor, in dem jeder fünfte Beschäftigte heute arbeite, sei die Zuwanderung ein großes Problem. „Denn es sind eben nicht alle, sondern vor allem die Beschäftigten ohne höhere Qualifikation, die unter der Konkurrenz zu leiden haben.“ (S. 162) Allerdings kommt die Mehrheit dieser Zuwanderer aus Ost- und Südosteuropa (s. S.159)<sup>xiv</sup>. Eingegangen wird auf Konzentration von Migranten und ärmeren Einheimischen in bestimmten Stadtvierteln und die Folgen für die Schulen, in denen der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nicht oder schlecht Deutsch sprechen, besonders hoch ist.

In Kapitel 7 wird der Erfolg rechter und rechtspopulistischer Parteien in Europa und Deutschland behandelt. Sie belegt, dass es sich bei der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der AFD nicht um Rechtsradikale sondern eher um Randständige handelt. „Im sogenannte Milieu der Prekären, das durch geringe Einkommen, soziale Benachteiligung, Unsicherheit und große Zukunftsängste gekennzeichnet ist, erreichte die AFD 28 % der Stimmen“ (S. 177) Vor allem für die unteren Schichten können Zuwanderer eine Konkurrenz um Arbeitsplätze und günstige Wohnungen sein. Nach Ansicht des Rezensenten sollte man aber auch darauf hinweisen, dass die Asylbewerber nur einen kleinen Teil der Zuwanderung ausmachen. Auch kommen die meisten Zuwanderer nicht aus islamischen Ländern sondern aus Ländern mit christlicher Tradition<sup>xv</sup>. Gelobt wird die Sozialpolitik der PiS in Polen und das sozialpolitische Programm von Le Pen. Anschließend wird auf die EU eingegangen. Dargestellt wird, wie die EU und die Troika mehrere EU-Länder erpresste und zu massiven Sozialkürzungen und zur Absenkung zwang. Deutlich wird, dass diese EU ein neo-liberales Projekt ist, das vor allem transnationale Konzerne begünstigt. Die Autorin sieht keinen „rechten Zeitgeist sondern eine tiefe Verunsicherung und Enttäuschung von den Regierungen sowie „das große Versagen der Linken, diese sozial-ökonomisch linke Mehrheit politisch zu erreichen und ihr ein progressives Programm und eine Politik anzubieten, in der sie sich wiederfinden“ (S. 195). Einiges in diesem Kapitel liest sich wie eine Rechtfertigung der AFD-Wähler. Problematisch wird dies zum Beispiel, wenn ein Zerrbild des Islam gezeichnet wird, als ob die Mehrheit der Muslime in Deutschland intolerant und gewaltbereit sei. Nach Ansicht des Rezensenten ist auch die „Backlash“ – These problematisch, wonach AFD-Wählerinnen und Wähler einige Forderungen annehmen, weil sie auch von „Linkliberalen“ vertreten werden. Die Intelligenz einiger dieser Wählerinnen könnte unterschätzt werden. In der Kritik an der These vom Klimawandel waren sich Trump, Bolsonaro und mächtige Großunternehmen einig, aber nicht weil es dabei um die Interessen einfacher Leute geht.

#### Programmatischer Teil

Im Kapitel 8 geht es um Gemeinschaft und Gemeinsinn um Kontrast zum Prinzip des Homo oeconomicus, der Konkurrenz und Egoismus betont. Ein Problem ist dabei nach Ansicht des Rezensenten, dass wir es in der modernen kapitalistischen Gesellschaft mit einer Vielzahl von Sozialzusammenhängen und sozialen Welten zu tun haben, zu denen wir uns zum Teil zugehörig fühlen und zum Teil nicht<sup>xvi</sup>. Die Autorin weist daraufhin, dass in vielen Bereichen Fairness freiwillige Kooperation erforderlich sein „Und wer zum Arzt geht, würde gern darauf vertrauen, dass der Mann im weißen Kittel keine anderen Motive hat als die Krankheit seines Patienten zu kurierten“<sup>xvii</sup>. Eingegangen wird auf die Gefahren für eine Gesellschaft, „wenn der Kitt sich auflöst“. Unter anderem geht es dabei um die Diskussion zu Hartz. Hier könnte man noch auf die massive Propaganda aus Politik und Medien hinweisen, um die Agenda 2010 zu legitimieren und eine Ent-Solidarisierung mit

den Langzeitarbeitslosen zu fördern. Wenn es um nationale Zugehörigkeiten geht, bleibt der Rezensent skeptisch. Was verbindet uns mit den Volksgenossen Zumwinkel oder Theo Sommer? Die Autorin fragt: „Ist die Sehnsucht nach einer vertrauten und beherrschbaren Lebenswelt, nach sicheren Arbeitsplätzen, sicheren Wohnvierteln und stabilen Familienverhältnissen ein rückschrittliches Ressentiment?“ (S.223) Der Rezensent fragt, wer für diesen Verlust verantwortlich ist. Es sind wohl nicht die „wohlhabenden Akademiker“ und auch nicht die Flüchtlinge. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts<sup>xviii</sup> war man diesen Werten etwas näher als heute (auch wegen der Zuwanderer). Aber diese Zeit kommt nicht zurück. Eine bessere Gesellschaft in der Zukunft wird anders aussehen.

In Kapitel 9 verteidigt die Autorin den Nationalstaat. Der Rezensent ist hier aus mehreren Gründen skeptisch. Es war die Erfahrung aus zwei Weltkriegen, die von Nationalstaaten ausgingen, durch die die europäische Idee populär wurde. Von Nationalstaaten ging Kolonialismus und Imperialismus aus. Rassismus war eine Legitimationsgrundlage, um andere Völker zu unterdrücken, auszubeuten oder zu versklaven. Die Frage, ob Sozialismus in einem Land möglich ist, wurde von Stalin bejaht. Aber die Sowjetunion war ein großes Land und daher nicht vergleichbar mit Deutschland oder gar den Niederlanden. Nur sehr große Nationen könnten sich gegen transnationale Konzerne wirklich durchsetzen. Selbst wenn die Systemfrage noch nicht gestellt wird, haben die transnationalen Konzerne viele Möglichkeiten einen Nationalstaat unter Druck zu setzen. Daher sieht der Rezensent in der Vision vom geeinten demokratischen und sozialen Europa, die die Autorin nicht für realistisch hält, die bessere Chance. Niemand kann garantieren, dass ein deutscher autonomer Nationalstaat wirklich demokratisch wäre. Sie plädiert für Nationalstaaten. „Nationen entstehen durch gemeinsame Kultur und Sprache, durch geteilte Werte, gemeinsame Traditionen Mythen und Erzählungen.“(S.235) Eine Frage wäre, was das für Deutschland bedeutet<sup>xix</sup>. Eingegangen wird auf den Begriff Leitkultur. Der Rezensent hat Zweifel, inwieweit es eine deutsche Leitkultur gibt. Zum einen gibt es regionale Unterschiede. Ein Bayer wird wohl zum Beispiel mit der ostfriesischen Teezeremonie wenig anfangen. Zum anderen war die Kultur in Deutschland immer auch europäisch, unter anderem mit Einflüssen aus Italien, Frankreich oder Russland. Das gilt für die Architektur, die Malerei, die Literatur und die Musik, aber auch für die Alltagskultur. Die Autorin kritisiert die Machtstrukturen in der EU, die von Wirtschaftslobbyisten kontrolliert werden. Diese Kritik ist nach Ansicht des Rezensenten berechtigt. Ob aber die demokratischen Kontrollmöglichkeiten auf nationaler Ebene so viel besser kann man bezweifeln<sup>xx</sup>. Ob die Völker Großbritanniens nun tatsächlich die Kontrolle gewinnen, bleibt abzuwarten. Vorgeschlagen wird eine Konföderation souveräner Demokratien. Ob die aber besser funktionieren würde? Durch die Standortkonkurrenz der Staaten wird es immer Gewinner und Verlierer geben.

Das 10. Kapitel hat die Überschrift: „Demokratie oder Oligarchie: Wie wir die Herrschaft des großen Geldes beenden“. Viele Menschen hätten nicht mehr den Eindruck, dass ihre Wünsche und Anliegen in der Politik berücksichtigt würden. Kontrastiert wird das mit der Situation in Westdeutschland bis etwa Mitte der 70er Jahre, als es noch Volksparteien gab und die Wahlbeteiligung höher war. Auf Gründe für die damalige Situation (u.a. Erfahrung mit dem dritten Reich, Konkurrenz der Systeme, stärkere Stellung der Gewerkschaften) wird eingegangen. Auf die Interessen der Arbeitenden mußte damals stärker eingegangen werden. Ob das damalige System jedoch sehr viel demokratischer war, möchte der Rezensent bezweifeln<sup>xxi</sup>. Eingegangen wird dann auf die Meinungsmacht heute im Vergleich zur früheren Zeiten in der das Meinungsspektrum in den öffentlich rechtlichen Medien größer gewesen sei. Nach Ansicht des Rezensenten sieht die Autorin die Situation in den 60er und 70er Jahren etwas zu positiv. Zeitweise gab es zwar ein Proporzdenken in den Medien, aber das

Meinungsspektrum war keineswegs so groß, vor allem wenn es um linke Positionen ging. Die Entwicklung im digitalen Raum sieht der Rezensent differenziert. Google und Facebook mögen mächtig sein, aber die Kontrollmöglichkeiten sind begrenzter, was zu einem Problem nicht nur in offen autoritären Staaten wurde. Eingegangen wird dann auf gekaufte Wissenschaftler im Auftrag von Konzernen. Das ist wohl vor allem ein Problem in den Wirtschaftswissenschaften und in Teilen der Naturwissenschaften. Nach der Erfahrung des Rezensenten waren diese Einflüsse in seinem Bereich gering. Eingegangen wird auf mächtige Wirtschaftsvertreter und Multis, die gegenüber einem schwachen Staat leicht ihre Interessen durchsetzen können. Die Autorin zeigt, dass ein schwacher Staat und schwache Verwaltungen häufig teurer sind und ineffektiver. Zur Pandemie stellt sie fest. „Personell und technisch gut ausgestattete Verwaltungen hätten in der Corona-Zeit wahrscheinlich viele Menschenleben retten können, weil alle Prozesse schneller, effektiver und professioneller abgelaufen wären.“ (S. 258) Sie argumentiert: „Unfähig ist nicht *der (Hervorhebung im Zitat)* Staat. Unfähig ist ein schwacher Staat mit unterfinanzierten Verwaltungen“ (S.260) Eine Marktwirtschaft ohne Konzerne mit einem scharfen Kartellrecht, eine De-Globalisierung der Wirtschaft und ein starker öffentlicher Sektor werden gefordert um die Macht der Konzerne zu überwinden. Die Vorschläge zu Volksentscheiden und einen „gelosten Oberhaus“ sieht der Rezensent skeptisch. Für komplexe politische Entscheidungen muss man sich kundig machen. Das können vielleicht auch einfache Bürger, sie brauchen aber dafür Zeit. Man müsste sie also für ihre Arbeit bezahlen und dann wären sie auch „Volksvertreter“. Auch besteht die Gefahr der Manipulation durch die Massenmedien<sup>xxii</sup>.

Das Kapitel 11 beginnt mit einer Diskussion der Begriffe „Leistungsgesellschaft“ und „innovativer Kapitalismus“ Im letzten Jahrhundert habe die westliche „Aufstiegsgesellschaft“ noch persönliche Leistung, Bildungsbemühen und Fleiß belohnt. Das sei heute anders. Später weist sie daraufhin, dass wichtige Arbeiten häufiger schlecht bezahlt werden, einige überflüssige und schädliche dagegen sehr hoch. (S. 273) Das war nach Ansicht des Rezensenten vorher nicht anders.<sup>xxiii</sup> Die Autorin zeigt auf, dass die Innovationskraft des Kapitalismus abgenommen und wie der Kapitalismus „innovationsfaul“ wurde. Sie teilt nicht die Auffassung, dass wir eine Postwachstumökonomie bräuchten. Das sieht der Rezensent anders<sup>xxiv</sup>. Die Autorin zeigt auf, dass viele Märkte keine echten Wettbewerbsbedingungen mehr haben. Auch kritisiert sie die Privatisierung vieler Dienste, die vorher in öffentlicher Hand waren. Eingegangen wird auf die Digitalwirtschaft, die stark monopolisiert ist und hohe Gewinne erzielt und auf die Finanzwirtschaft. Der Finanzsektor wachse schneller als die reale Wirtschaft. Die Finanzwirtschaft beruhe auf „Wertabschöpfung und nicht auf Wertschöpfung“. (S.278) Dargestellt wird die frühere Rolle großer staatlicher Investitionen zur Förderung von großen technologischen Veränderungen und Innovationen. Wenn der Staat sich hier aufgabe, gerate der Innovationsmotor ins Stocken. Am Beispiel des Niedergangs von Thyssenkrupp wird die Arbeitsweise von Hedgefonds, die keinen Bezug zu den Unternehmen selbst haben, skizziert. Kennzeichen börsennotierter Konzerne seien: „Kurzsichtigkeit, Maßlosigkeit, Vorliebe für Bluff, Tricks und Bilanzkosmetik sowie eine rücksichtslose Orientierung allein im Interesse der Aktionäre und des Managements.“ (S. 283) Im nächsten Unterkapitel zur Umweltpolitik wird zunächst das Feindbild „Lifestyle“ hervorgeholt. Dass die Umwelt nicht primär durch eine Veränderung des Lebensstils gerettet werden kann, ist wohl unstrittig. Das hat auch Greta Thunberg nicht behauptet. Die Autorin weist daraufhin, dass Menschen im ländlichen Raum darauf angewiesen sind, mit dem Auto zur Arbeit und zum Supermarkt zu fahren (S.284). Der Rezensent kennt noch die Zeit, in der das anders war. Durch eine Verkehrspolitik im Interesse der Automobil-Industrie wurde der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt<sup>xxv</sup>. Eingegangen wird auf die Landwirtschaft, die Lebensmittelketten und die „Wurstbarone“. Aufgezeigt werden



Widersprüchlichkeiten in der Umweltpolitik, zum Beispiel das Verbot von Plastikgeschirr, aber den weiteren Gebrauch von Plastikverpackungen oder die Verschleißproduktion. Skizziert wird eine andere Umweltpolitik durch den Umbau der Wirtschaft (S.290/291) Die Autorin setzt auf eine innovative Wirtschaft, in der Konsumgüter recycelbar sind und Flugzeuge mit Wasserstoff betankt werden. Der Rezensent ist da sehr skeptisch. Zum einen stellt wie lange es dauert, bis diese Technologien so funktionieren, dass diese Effekte eintreten. Es könnte dann für vieles zu spät sein. Zum anderen kann man feststellen, dass Umweltpolitiken von großen Unternehmen ausgebremst wurden. Die werden nicht widerstandslos verschwinden. Das Programm der Autorin zielt auf einen stark reformierten Kapitalismus. Auch hier stellt sich die Machtfrage. Gefordert wird ein „echte Leistungsgesellschaft“ Hier könnte man einwenden, dass es viele Bereiche, zum Beispiel Medizin oder Altenpflege gibt, in denen Leistungsmessung nicht sinnvoll ist<sup>xxvi</sup>. Auch ist die individuelle Leistung in den Produktionen abhängig von vielen Bedingungen<sup>xxvii</sup> Festgestellt wird, dass die soziale Absicherung heute wesentlich schlechter ist als in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Die Kosten des Sozialstaates seien aber nicht geringer. Das Geld werde nun für aufwendige Kontrollen ausgegeben und um die „Hartz IV-Industrie“ am Leben zu erhalten.<sup>xxviii</sup> Eingegangen wird auch Schwächen und Defizite in der Schulbildung. Es folgt ein wirtschaftswissenschaftliches Unterkapitel zum Finanzsystem, das der Rezensent nicht kompetent genug einschätzen und bewerten kann. Das letzte Unterkapitel handelt von De-Globalisierung. Dabei gehe es nicht um einen Abschied vom internationalen Handel oder Autarkie, sondern um eine Veränderung der Regeln durch die Nationen und durch Bündnisse von Nationen. „Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte war kein Motor für Wohlstand, sondern für wachsende Ungleichheit. Sie hat die Macht global aufgestellter Konzerne in einer Weise vergrößert, dass kleinere lokale Anbieter immer schlechtere Karten haben und eine demokratische Gestaltung unserer Gesellschaft kaum noch möglich ist (S. 315).

Im Kapitel 12 geht es um die digitale Zukunft. Beschrieben wird, wie die fünf großen Konzerne aus Silikon Valley in vielen Ländern private Daten sammeln und aushorchen, die dann für kommerzielle, aber auch politische Manipulationen genutzt werden. Mit beteiligt daran sind amerikanische Geheimdienste. Einiges in diesem Kapitel erinnert an Orwell (1954), mit dem Unterschied, dass die Technologien heute viel weiter sind. Die Autorin fordert eine Entwicklung eigener Technologien in Europa, die sowohl von China als auch von den amerikanischen Konzernen unabhängig und den US-Geheimdiensten sind.

Im Schlusskapitel werden noch einige der in dem Buch dargestellten Positionen zusammengefasst.

Hermann Müller

Literatur

Alheit, P. & Glaß, C. (1986). Beschädigtes Leben. Soziale Biographien arbeitsloser Jugendlicher. Ein soziologischer Versuch zur Entdeckung neuer Fragestellungen. Frankfurt am Main: Campus.

Auernheimer, Georg (2018) Wie Flüchtlinge gemacht werden Über Fluchtursachen und Fluchtverursacher, Köln: PapyRossa

Helsper, Werner u.a. , Jugendliche Aussenseiter, Opladen, Westdeutscher Verlag

Jaspers, Karl (1966) Wohin treibt die Bundesrepublik, Tatsachen, Gefahren, Chance, München

Krautz, Jochen (2017) Neoliberale Bildungsreformen als Herrschaftsinstrument, in` Mies, Ullrich, Wernicke, Jens (Hg.) Fassadendemokratie und Tiefer Staat, Wien, S. 79 -94

Lüders, Michael (2017) Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte, München: C.H. Beck

Lüders, Michael (2018<sup>28</sup>) Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet, München: C.H. Beck

Mausfeld, Rainer (2018<sup>3</sup>) Warum schweigen die Lämmer, Frankfurt am Main: Westend

Meadows, Dennis (1972) Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart: dva

Müller, Hermann (2016), Professionalisierung von Praxisfeldern der Sozialarbeit, Opladen

Solga, Heike, Wagner, Sandra (2001) . Paradoxie der Bildungsexpansion. Die doppelte Benachteiligung von Hauptschülern, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 4. Jahrg. Heft 1/2001,

Orwell, George (1954) Nineteen Eighty –Four, Harmondsworth (England): Penguin

Steinert, E.; Müller, H. (2002): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Ausbildung, berufliche Sozialisation und professionelles Selbstverständnis ostdeutscher SozialarbeiterInnen. Herbolzheim: Centaurus

Todenhöfer, Jürgen (2020) Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten, Berlin

Vester, Michael u.a. (2001) Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main: Suhrkamp

---

<sup>i</sup> Besonders deutlich würde die während der Pandemie. Politiker und Medien erweckten fast den Eindruck, als sei das RKI unfehlbar und das Kritik von Fachkollegen Ketzerei sei.

<sup>ii</sup> Zu quantitativen Milieuanalysen vergleiche Vester u.a. 2001.

<sup>iii</sup> Aber immer wieder zeichnet die Autorin das Feind-Bild von den Akademikern mit hohem Gehalt und sicherem Arbeitsplatz, die meist „linksliberal“ seien. Auf diesen Feind wird immer wieder eingeschlagen

<sup>iv</sup> Ob solche Forderungen in einer schwarz-grünen Koalition dem Rotstift zu Opfer fallen, ist eine andere Frage.

<sup>v</sup> Die meisten der Insassen dieser „totalen Institutionen“ (Goffman 1977) sind alter Frauen. Auch viele Feministinnen schweigen dazu.

<sup>vi</sup> Interessant kann dann sein, welche Etikettierungen man vornimmt und welche man vermeidet.

<sup>vii</sup> Das kann auch damit zusammenhängen, dass von den „christlichen“ USA viele islamische Länder zerstört wurden (vgl. zum Beispiel Todenhöfer 2020).

<sup>viii</sup> Der Rezensent lebt in einem Stadtviertel, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung einen „Migrationshintergrund“ und kennt auch viele Muslime.

<sup>ix</sup> Dass es eine Solidargemeinschaft ist, an der sich nur Arbeiter und Angestellte beteiligen müssen, steht auf einem anderen Blatt

<sup>x</sup> Es gibt Menschen, die eine große Lebensleistung nicht erbringen können, zum Beispiel weil sie mit 30 Jahren krank werden,

<sup>xi</sup> Durch die Politik der EU, des IWF und der Weltbank wurden in diesen Ländern wirtschaftliche Strukturen zerstört. „Rumänien und Bulgarien, seit 2007 Mitglied der EU, sind heute die ärmsten Länder Europas“ (Auernheimer 2018, S.112) „2016 heißt es in einer Reportage der Zeitung Kurier über Bulgarien: ‚Knapp über die Hälfte der Einwohner lebt in Armut. Weit über dem EU-Durchschnitt liegt die Kinderarmut 2013 bei 21 Prozent‘“ (Auernheimer 2018, S.112)

<sup>xii</sup> Der Rezensent hat die Zeit als Jugendlicher und junger Erwachsener erlebt. Sie bot mehr Sicherheit und auch für viele Arbeiter einen bescheidenen Wohlstand. „Wohlstand für Alle“ (Ludwig Ehrhard) schien damals ein glaubwürdiger Traum zu sein. Eine wirtschaftliche Strukturkrise beendete diese Zeit.

<sup>xiii</sup> Zu Afrika vgl. Auernheimer 2018 Kapitel 3 und 4. Eingegangen wird hier auch auf die zerstörerische Arbeit von IWF und Weltbank.

<sup>xiv</sup> Hier besteht sicherlich ein Zusammenhang mit der globalisierten neo-liberalen Strategie der Standort-Konkurrenz. Ein Teil der Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus den östlichen EU-Ländern ist nicht ganz freiwillig gekommen. Dazu gehörten auch die Arbeiter von Tönnies in Gütersloh und im Emsland, wo es Corona-Infektionen gab. Durch die Politik der EU, des IWF und der Weltbank wurden in diesen Ländern wirtschaftliche

---

Strukturen zerstört. „Rumänien und Bulgarien, seit 2007 Mitglied der EU, sind heute die ärmsten Länder Europas“ (Auernheimer 2018, S.112) „2016 heißt es in einer Reportage der Zeitung Kurier über Bulgarien: „Knapp über die Hälfte der Einwohner lebt in Armut Weit über dem EU-Durchschnitt liegt die Kinderarmut 2013 bei 21 Prozent““(Auernheimer 2018, S.112)

<sup>xv</sup> Rumänien, Polen, Bulgarien, Italien. Ausnahmen waren die Jahre 2015 und 2016

<sup>xvi</sup> Ein Beispiel war der Gegensatz von „Ossi“ und „Wessi“ der von beiden Seiten ausging. Zwischen dieser Diskussion vor mehr 20 Jahren und der Flüchtlingsdiskussion von 2015 gibt es einige Parallelen.

<sup>xvii</sup> Das ist jedoch in Krankenhäusern zum Problem geworden. Bestimmte Operationen und Therapien sind lukrativ geworden, andererseits besteht der Druck, Liegezeiten zu verkürzen. Ärztliche Professionsethik und betriebswirtschaftliche Logik stehen sich gegenüber,

<sup>xviii</sup> Die Entwicklung in der DDR müsste man gesondert betrachten. Auch dort gab es bessere und schlechtere Zeiten

<sup>xix</sup> Die deutsche Nation entstand vor 150 Jahren durch einen Krieg. Vorher gab es einige Gegensätze, zum Beispiel zwischen Preußen und Bayern, aber auch die gescheiterte Revolution von 1848. Von 1945 bis 1990 gab es keine gemeinsame Geschichte.

<sup>xx</sup> „Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre“ (Mausfeld, Warum schweigen die Lämmer, S.8)

<sup>xxi</sup> „Demokratie heißt Selbsterziehung und Information des Volkes. Es lernt nachdenken. Es weiß, was geschieht. Es urteilt. Die Demokratie befördert ständig den Prozess der Aufklärung.

Parteienoligarchie dagegen heißt: Verachtung des Volkes. Sie neigt dazu, dem Volk Informationen vorzuenthalten. Man will es lieber dumm sein lassen. Das Volk braucht auch die Ziele, die die Oligarchie jeweils hat, wenn sie überhaupt welche hat, nicht zu kennen. Man kann ihm stattdessen erregende Phrasen, allgemeine Redensarten, pompöse Moralforderungen und dergleichen vorsetzen. Es befindet sich ständig in der Passivität seiner Gewohnheiten, seiner Emotionen, seiner ungeprüften Zufallsmeinungen. Die gemeinsame Schamlosigkeit der Parteienoligarchie spürt sich selber nicht“ (Karl Jaspers 1966, S. 140)

<sup>xxii</sup> „) Beherrscht werden sollen wir durch „Soft Power“: „Es geht also bei Soft Power letztlich um eine psychologische Kriegsführung gegen die Bevölkerung, die für die Bürger möglichst unsichtbar bleiben soll, indem sie natürliche Schwachstellen des menschlichen Geistes ausnutzt“. (Mausfeld S.65)

<sup>xxiii</sup> Der Wert einer Arbeitskraft war selten gebunden an den Nutzen für die Gemeinschaft. Durch die Bildungsexpansion gab es mehr Möglichkeiten sozial aufzusteigen. Aber auch die Konkurrenz um gute Arbeitsplätze wurde erheblich größer.

<sup>xxiv</sup> Die Grenzen des Wachstums hat bereits in den 60er Jahren und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts der Club of Rome aufgezeigt (vgl. Meadows 1972) Zwar ist einiges nicht eingetroffen, aber die Probleme sind nicht kleiner geworden. „Nach uns die Sintflut“ scheint die Perspektive der Multis zu sein. Das liegt aber nicht im Interesse der Mehrheit.

<sup>xxv</sup> Wenn der öffentliche Nahverkehr und Fernverkehr, günstiger, schneller und bequemer wird und das Netz dichter, werden viele ihr Auto weniger nutzen. Das würde auch denen nutzen, die sich kein Auto leisten können oder aus gesundheitlichen nicht mehr autofahren.

<sup>xxvi</sup> Wie will man die Leistung eines Hausarztes messen? Hoffentlich nicht nach der Gebührenordnung. Hier ist die Berufsethik wichtiger.

<sup>xxvii</sup> Besonders deutlich wurde das in der Pandemie. Wenn die Lieferketten zusammenbrechen, nützt die Leistungsbereitschaft nichts.

<sup>xxviii</sup> Die entsprechenden Einrichtungen gibt es schon seit den 80er Jahren (vgl. Alheit und Glaß 1986; Helsper u.a. 1991) und seit den 90er Jahren auch in den neuen Bundesländern (vgl. Steinert und Müller 2002 Müller 2016, S. 153 – 164)